

Demokratie statt Sozialismus ?

Der Text „Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert. Herausforderungen an eine sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktionsweise“ von Klaus Steinitz liegt bei VSA nun vor. Auf 90 Seiten werden die Erfahrungen aus dem gescheiterten Staatssozialismus rekapituliert, die Herausforderungen für eine sozialistische Alternative entwickelt und die dabei anzuwendenden Instrumente und Maßgaben vorgestellt. Nach eigener Auskunft stützt sich der Autor „auf eigene Erfahrungen, die ich in den über 30 Jahren meiner Tätigkeit in der Staatlichen Plankommission zur langfristigen Planung und zur Strukturpolitik sowie in der ökonomischen Forschung zu Problemen der gesellschaftlichen Reproduktion, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des ökonomischen Wachstums gesammelt habe.“ (17).

Gesellschaftlicher Fortschritt, Staatssozialismus, Realsozialismus

Die Annäherung an den Gegenstand 'Produktionsweise' erfolgt über die Aufzählung derzeitiger Symptome: blockierte Produktivkraftentwicklung, Stagnationstendenzen, Umweltzerstörung, Krieg, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Dissoziation (7). Das Kapital ereilt der Vorwurf, daß es kapitalistisch operiere, den bürgerlichen Staat der, daß er sich zu wenig um seine Proleten kümmere.

Der Vorgeschichte des Autors zufolge hätte man ein kompetentes Insider-Urteil über das Scheitern des sog. Realsozialismus erwarten können. Die Ausführungen dazu fallen indes vergleichsweise knapp aus. "Das Grundproblem bestand darin, daß es nicht gelang, die Entwicklung und das Niveau der materiellen Produktivkräfte der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, geschweige denn die für eine neue, höhere gesellschaftliche Produktionsweise erforderliche Qualität der Produktivkraftentwicklung zu erreichen" (15). Was erreicht werden sollte wurde nicht erreicht – man wird also darüber aufgeklärt, daß das Scheitern vom Scheitern herrührt.

An alle Formationen wird dieselbe Meßlatte „Produktivkraftentwicklung“ angelegt. Ferner wird die „nur unzureichende Wirtschaftsdemokratie“ (l.c.) bemängelt. Sogleich werden Errungenschaften des Staatssozialismus aus den Bereichen Ausbildung und medizinische Versorgung in Erinnerung gerufen, von denen nicht ersichtlich wird, ob sie trotz oder wegen des gesellschaftlichen Systems zustande kommen konnten. Darüberhinaus wird pauschal auf vorliegende Literatur zur Problematik hingewiesen. Darunter finden sich auch die „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, an denen Marx bis 1858 geschrieben hatte. Es bleibt also dem Leser überlassen, sich einschlägige Passagen aus einem Manuskript des neunzehnten Jahrhunderts herauszusuchen, die die Fehlentwicklungen des zwanzigsten Jahrhunderts kritisieren. Passen könnten Marx' Ausführungen zum Stundenzettel als einem untauglichem Pseudogeld: „Also die Bank gibt für die Ware Geld; Geld, das exakt eine Anweisung auf den Tauschwert der Ware, d. h. auf alle Waren von demselben Wert, ist: Die Bank kauft. Die Bank ist der allgemeine Käufer, der Käufer nicht nur dieser oder jener Ware, sondern aller Ware. Denn sie soll eben den Umsatz jeder Ware in ihr symbolisches Dasein als Tauschwert bewerkstelligen. Wenn sie aber der allgemeine Käufer ist, muß sie auch der allgemeine Verkäufer sein, nicht nur das Dock, worin alle Waren deponiert werden, nicht nur das allgemeine Warenhaus, sondern der Besitzer der Waren, in demselben Sinn, wie es jeder andre Kaufmann ist. ... Die Bank wäre also der allgemeine Käufer und Verkäufer. Statt der Noten könnte sie auch Cheques ausgeben und statt dieser einfache Bookaccounts führen. Je nach der Summe der Warenwerte, die X an sie abgelassen, hätte er dieselbe Wertsumme in andren Waren an sie zu gut. Ein zweites Attribut der Bank wäre notwendig, den Tauschwert aller Waren, d.h. die in ihnen materialisierte Arbeitszeit, authentisch zu fixieren. Aber hier könnten ihre Funktionen nicht enden. Sie müßte die Arbeitszeit bestimmen, in der die Waren hervorgebracht werden können mit den Durchschnittsmitteln der Industrie, die Zeit, in der sie hervorgebracht werden müssen. Aber auch das wäre nicht hinreichend. Sie hätte nicht nur die Zeit zu bestimmen, in der ein gewisses Quantum Produkte hervorgebracht werden muß, und die Produzenten in solche Bedingungen zu setzen, daß ihre Arbeit gleich produktiv ist (also auch die Distribution der Arbeitsmittel auszugleichen und zu ordnen), sondern sie hätte die Quanta Arbeitszeit zu bestimmen, die auf die verschiedenen Produktionszweige verwandt werden soll. Das letztre wäre nötig, da, um den Tauschwert zu realisieren, ihr Geld wirklich konvertibel zu machen, die allgemeine Produktion gesichert werden müßte und in solchen Verhältnissen, daß die Bedürfnisse der Austauschenden befriedigt werden. Das ist noch nicht alles. Der größte Austausch ist nicht der der Waren, sondern der der Arbeit gegen Waren. ... Die Arbeiter würden nicht ihre Arbeit an die Bank verkaufen, sondern den Tauschwert für das volle Produkt ihrer Arbeit erhalten etc. Genau dann besähe die Bank nicht nur der allgemeine Käufer und Verkäufer: sondern auch der allgemeine Produzent. In der Tat wäre sie entweder die despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution, oder sie wäre in der Tat nichts als ein board, was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte.“ (MEW 42/88f.). Es zeigt sich, daß eine anfängliche Fehlkonstruktion in der Systematik des Wirtschaftens weitere Fehlkonstruktionen nach sich ziehen muß. Als Sozialismus noch Wissenschaft sein sollte — und nur als solche hätte er erfolgreich begonnen werden können — folgte der Gedanke der immanenten Notwendigkeit des Gegenstands. Dies unterscheidet sich wohltuend vom kognitiv bequemen Polit-Idealismus, der sich die materialistische Analyse und Begriffsbildung erspart. Falls doch einmal das Bedürfnis nach Begründung entsteht, so wird der Autor zum Empiristen:

Zusammenhänge müssen nicht verstanden werden, es soll reichen, sie zu beobachten. In einer Technikfolgenabschätzung zur Digitalisierung wird konstatiert, „daß bisher insgesamt die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität nicht gestiegen sind und daß die Anzahl der Beschäftigten in der jüngsten Zeit in Deutschland und in anderen industrialisierten Ländern zugenommen hat.“ (34) Insofern die Produktivkraftentwicklung "bisher vor allem auf die Einsparung lebendiger Arbeit je Gebrauchswerteinheit gerichtet" (37) ist, dürfte man keine positive Korrelation zwischen beiden Größen erwarten. Es heißt aber auch: „Die Entwicklung der Produktivkräfte realisiert sich vor allem über Innovationen in einer höheren Arbeitsproduktivität. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität ist wiederum die wichtigste Grundlage für ein ökonomisches Wachstum.“ (35) Ökonomisches Wachstum, als dasjenige eines Aggregats, kann jedoch nur das einer Wertmasse sein. Deflationierte Gebrauchswertmassen werden zwar in der Statistik gebildet, finden jedoch keinen Platz im kapitalistischen Kalkül. Daß die Wertsubstanz abstrakte Arbeit ist, ist nicht ins Belieben des Beobachters gestellt, sondern ist immanente Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Entsprechend oberflächlich fällt der Kommentar zu den Degrowth-Überlegungen aus (37). Was die Produktivkraftentwicklung anlangt, so wird gefordert, daß sich „unsere Sichtweise auf die Produktivkräfte verändert. Ihre Entwicklung sollte sich nicht mehr primär darin äußern, ihr größeres Leistungspotential in einem erhöhten Ausstoß materieller Güter zu realisieren“ (37). Das Vorwort 'Zur Kritik der politischen Ökonomie' von 1859 muß herhalten, die aktive Rolle der Produktivkräfte in der aus dem RGW bekannten Geschichtstheorie zu belegen (11f.). Zwei Sätze vorher heißt es bei Marx: „Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt“ (MEW 13/9). Dieser Hinweis wird jedoch nicht zitiert, er paßt nicht zu den in der vorliegenden Schrift gepflegten Vorstellungen, daß sich die bestehende Ökonomie politisch und mit veränderter Sichtweise alternativ regulieren ließe. Wäre der Übergang in eine andere Produktionsweise aufgezeigt worden, hätte diese Bestimmungsumkehr tatsächlich ihre Berechtigung. Nicht aber, solange nur eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik bei fortgesetzter Kapitalslogik des Wirtschaftens verlangt wird. Jedenfalls zählt der Autor zu den „konstitutiven Elementen“ der „neuen dem Sozialismus eigenen gesellschaftlichen Produktions- und Betriebsweise“ „ein Akkumulationsregime zur effektiven Gestaltung der betrieblichen und gesellschaftlichen Reproduktion“ (45). Zur Erläuterung der Anforderungen und Ansprüche für die gesellschaftliche Zukunft wird festgestellt: „Die Entwicklung der Produktivkräfte ist die wichtigste Grundlage für den gesellschaftlichen Fortschritt und für eine bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in der Arbeit und in allen Lebensbereichen.“ (20). Da als weiteres gesellschaftliches Ziel für ökonomisch unterentwickelte Länder „noch eine längere Zeit ein relativ starkes ökonomisches Wachstum“ (37) benannt wird, wobei die Kapitalslogik des Wirtschaftens als dafür am ehesten geeignet eingesehen ist, muß man nicht lange in der Sozialgeschichte dieser Welt nach einem Muster suchen, sondern stößt alsbald auf die nachmaoistische VR China — das globale Vorbild für die Digitalisierung — mit ihren beeindruckenden Zuwachsraten: „Von Interesse für die zukünftige Gestaltung eines modernen Sozialismus sind die chinesischen Erfahrungen bei der Verbindung einer Marktwirtschaft, die ausgeprägte kapitalistische Züge aufweist mit einer staatssozialistischen Wirtschaft unter Führung einer kommunistischen Partei“ (20). Deren Chef verkündet, daß „China zunehmend auf entscheidenden innovativen Gebieten weltweit mit führend und bestimmend sein und sich zu einer modernen, innovativen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer lebenswerten natürlichen Umwelt transformieren“ soll (19). In der Sozialwissenschaft spricht sich der Gegenstand netterweise selbst aus. Man könnte zum Zwecke der Erbauung auch die sowjetische Verfassung von 1936 lesen. Ob die „kapitalistischen Tendenzen“ (20, 59) dort möglicherweise aus der kapitalistischen Produktionsweise herrühren, muß uns nicht weiter kümmern; wichtig ist bloß, daß diese wegdemokratisiert werden. Wobei zugleich Bedenken gegen unbedachte Volksentscheide vorgebracht werden. Das Volk könne sich auch gelegentlich irren — siehe Brexit oder Flugplatz Berlin-Tegel (48), daher bleibt der Staat „für einen längeren Zeitraum der Herausbildung und Festigung einer sozialistischen Gesellschaft ein unverzichtbares Machtorgan. Dies betrifft seine inneren Funktionen zur Sicherung einer demokratischen Rechtsordnung und Erfüllung wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Ziele“ bevor die „Übernahme bestimmter staatlicher Funktionen durch eine entwickelte und starke Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftliche Institutionen“ (49f.) möglich wird. Der Autor ahnt, daß die Dominanz des objektiven Geistes über den subjektiven nicht so leicht verschwindet. Also soll der subjektive dem objektiven institutionalisiert vorgeschaltet werden, was selbst dann nicht gelingt, wenn man ihn als Despoten personalisiert. Das Problem ließe sich erst in einer Mediation beider erledigen, und zwar nach geänderter Logik. Dazu wären die Aufgabenstellungen von Ökonomie zu behandeln: wie ist die intertemporale Allokation geregelt, wie werden wirtschaftliche Alternativen gegeneinander vergleichbar, nach welchen Kriterien erfolgt die Technikwahl usw. ? Alle diese Aufgaben von arbeitsteiliger Ökonomie entfallen nicht dadurch, daß sie ignoriert werden. Das Thema Ökonomie verschwindet unerledigt in der Denkverbotszone zwischen Techniqueuphorie und politischen Forderungen. Daß aus der Ökonomie eine ausreichende Menge an Gebrauchswerten hervorgehen soll, ist in der Tat erforderlich. Allerdings kommen die dabei eingesetzten Technologien und die ausgewählten Produktqualitäten durchaus nicht formationsneutral zustande.

Der Fall Rußland

Die Bolschewiki haben sehr wohl gewußt, daß Rußland nach dem ersten Weltkrieg nicht prädestiniert ist, zur sozialistischen Produktionsweise auf industrieller Grundlage überzugehen. Die entwickelteren Länder, explizit Deutschland, sollten damit beginnen. Das Regime bleibt in Wartestellung, alle militärischen, ökonomischen und politischen Entscheidungen sind von der extremen Notsituation diktiert. Der Rückgriff auf die Verfahren der deutschen

Kriegswirtschaft ist 1918 noch ein Notbehelf, 1922 wird er umgedeutet zum „Aufbau des Sozialismus“, was immerhin heißt, daß der noch nicht da ist. Ost- und Westeuropa können jetzt im Gleichschritt eines kolossalen Mißverständnisses in den Etatismus marschieren — Sozialismus als Spezialfall des Nationalismus. Die nie ordentlich formulierte soziale Frage gibt der nationalen Frage Energie; die nationale Frage verpaßt der sozialen Frage eine Form, in der sie unlösbar bleibt.

Der Sozialdemokrat Karl Ballod stellt in seiner Publikation (Ballod 1898) eine Berechnung über die sozialistische Organisation der Arbeit auf, indem er aus dem verfügbaren statistischen Material den Gesamtbedarf der Bevölkerung und von daher die Produktionserfordernisse ermittelt. Die Wertbemessung stützt sich dabei auf Kleinhandelspreise. Stoff und Wert sind also empirisch verknüpft. Die Vorleistungsverflechtung der Branchen untereinander ist ebenfalls der Statistik entnommen. Lenin lobt dieses Unterfangen eines „wissenschaftlichen begründeten einheitlichen Wirtschaftsplanes“ (LW 32/136). Was die Statistik nur ex post liefern kann, wird nun nach politisch gewünschten Modifikationen zur Maßgabe künftiger Produktion und Distribution. Da die Produktionsplanung aus der anschließenden Verwendung retrograd ermittelt werden muß, wird der Zeithorizont auf viele Jahre ausgedehnt. GOELRO war der Vorläufer von GOSPLAN.

Der Artikel 'elektrischer Strom' ist homogen und wird vielfach benötigt. Die Aggregationen auf der Outputseite und auf der Inputseite sind daher zulässig. Nicht mehr ganz so homogen ist der Artikel 'Steinkohle' und mit diesem zweiten Artikel sind bereits weitere Planungsprobleme aufgeworfen: Kohle wird verstromt, aber nur zum Teil; Strom wird aus Kohle erzeugt, aber nur zum Teil. Die Zugriffe auf natürliche Ressourcen und erzeugte Gebrauchswerte müssen kommensurabel gemacht werden, weil Verwendungen untereinander konkurrieren. Damit reichen Naturgesetze nicht mehr aus, um technische Entscheidungen treffen zu können. Es bedarf gesellschaftlicher, also ökonomischer, Regeln. Stoffmengen werden ex ante geplant, anders käme überhaupt keine Produktion zustande. Wertmengen sind ex ante nur als geschätzte Größen zu haben. Stoffmengen werden ex post für die Zukunft korrigiert, Wertmengen sind erst ex post fixiert und wiederum für die Zukunft bloß geschätzte Größen. Wer sich Gesamtwirtschaft als einen zusammengefaßten einheitlichen Betrieb vorstellt, braucht von Wertkategorien nicht mehr zu reden, sie sind dann sinnlos. Werden gleichwohl Verrechnungspreise oktroyiert, so sind diese als administrierte Preise falsche Preise, und als solche behindern sie die einzelwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Effizienz. „Verbietet man nun der Konkurrenz, den Einzelproduzenten durch Steigen oder Fallen der Preise mitzuteilen, wie der Weltmarkt steht, so verbindet man ihnen die Augen vollständig.“ (MEW 21/184)

Es gab 1948 Stimmen, die davor gewarnt haben, für Mitteleuropa die sowjetischen Methoden einfach zu übernehmen. Sie passen nicht auf industriell entwickelte Zonen (Mitteldeutschland, Tschechien). Tatsächlich stellt man im RGW der sechziger Jahre Überlegungen zu Wirtschaftsreformen an, wobei allerdings alle Ergebnisse von Ökonomie dem Machtanspruch der Regime untergeordnet bleiben müssen (79). Der verständige Beobachter dieser Zustände mußte nicht bis zum Schlußpfeif in 1990 warten, um zu erkennen, daß man mit dieser Sorte Ökonomie nur vor die Wand fahren kann. Der Autor konzediert, daß die Bemühungen in der Wirtschaft „überwiegend mit einem Scheitern der vorgesehenen Reformen endeten“ (59). Es war nicht der böse Imperialismus, der im RGW Ineffizienz erzwungen hat. Die Bourgeoisie hatte nie vor, Staatswirtschaft auf alle Branchen und auf Dauer auszudehnen.

Uralte Forderung: Wirtschaftsdemokratie

Nachdem die Bourgeoisie ihr System auch politisch etabliert hatte, kann sie sich auf das Wirken und die Selbstkorrekturen der Produktionsverhältnisse verlassen. Parolen, politischen Programme oder Ideologien sind gleichwohl immer noch Komponenten der weichen Herrschaft und der systemkonformen Stabilisierung.

Der Sozialdemokrat verzichtet traditionell auf ein eigenes Programm; er greift gerne zurück auf die politischen Forderungen der jungen Bourgeoisie, die nun herrenlos sind. Recht - Freiheit - Demokratie - bleiben allesamt unreflektiert im Hinblick auf ihren bürgerlichen Klassengehalt: Recht als Privateigentum — Freiheit als Gewerbefreiheit — Demokratie als die der Marktteilnehmer, Vermögensmasse als Stimmrecht. Verdolmetscht für den Lohnarbeiter: verschaffe Dir den Standpunkt des Geldes, er ist derjenige der (Wahl-)Freiheit ! Auf dem Weg vom Privateigentum zum Markt muß die Ware ihren salto mortale überstehen, das Besondere muß als Allgemeines gelten können, also sich für die Ware Geld erlösen lassen — insoweit eine formelle Bedingung der einfachen Zirkulation. 1848 gab es in Deutschland unter dem Eindruck Frankreichs immerhin noch Republikaner. 1918 versucht der Ober-Sozi F. Ebert im Namen der Stabilität und des Antibolschewismus die Monarchie zu retten. Die konterrevolutionären Anführer der Revolution gehen über die Forderungen von 1848 nicht hinaus, sie fallen dahinter zurück.

Im Manifest der Kommunistischen Partei (MEW 4/459-593), das 1848 kaum jemand gekannt hat, wurde noch der proletarische vom bürgerlichen Sozialismus unterschieden. Mit den 'Ideen von 1914' ist ersterer untergegangen. Das gemeinsame Interesse von Arbeitern und Kapitalisten ist die Akkumulation des Kapitals. Explizit für den Proleten: die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums. Wieso hat eigentlich Marx genau dieser Formel widersprochen (MEW 19/15), und wieso läßt sie sich gleichwohl nicht ausrotten ?

Vor hundert Jahren wurde bereits die Frage gestellt: „Was ist Sozialisierung?“ Man möchte meinen, unter diesem Titel seien endlich formationsspezifische Bestimmungen zur Logik des nachkapitalistischen Wirtschaftens anzutreffen. Aber nein — man räsoniert über Eigentum und Demokratie. Dem Kapitalismus wird eine notwendige Bedingung ausgebaut — das Privateigentum an den Produktionsmitteln — damit der zunächst einmal unmöglich ist. Wenn danach die individuellen Wirtschaftssubjekte in ein Kollektivsubjekt verwandelt sind, ist ein Verfahren anzugeben, wie dessen

Kollektivwille zustande kommt. Sogleich bietet sich das Allheilmittel 'Demokratie' wieder an. „Sozialismus heißt demokratische Organisation des ökonomischen Lebens“ (Kautsky 1919).

Ein erstaunlicher Vorschlag, das Methexis-Problem der arbeitsteiligen Ökonomie zu erledigen. Die Abstimmerei maximiert nun endlich das Gemeinwohl — das größte Glück der größten Zahl. Jeremy Bentham erkannte immerhin noch, daß sich ein derartiges Vektormaximumproblem nicht lösen läßt, daher verzichtet der Liberale konsequent auf den zweiten Teil — die 'größte Zahl' — d.h. das Gemeinwohl ist im kapitalistischen Produktionsoptimum bestens aufgehoben, Fragen der Distribution können entfallen. An dieser Stelle verfügt aber der Sozialdemokrat über viel mehr Phantasie, welche unangenehmen Symptome des Wirtschaftslebens von einem nunmehr wohlwollenden Gemeinwesen bitteschön wegfinanziert gehören.

Daß sich die politische Programmatik hinkünftig für die Untertanen nicht auf die Wahl zwischen zwei Nasen reduzieren läßt, sondern tief einsteigt in das komplexe „System der Bedürfnisse“ (Hegel 7/346) hat aus elementaren kombinatorischen Umständen die Folge, daß der Anteil der unzufriedenen Verlierer — also im Fall der binären Entscheidung $< 50\%$ — recht schnell mit der Anzahl der Entscheidungen und deren Lösungsmöglichkeiten gegen 99% konvergiert. Dabei war man angetreten mit der respektablen Aufgabenstellung, wie „die Ursachen für die gegenwärtigen Fehlentwicklungen und Blockierungen sowie für die Unzufriedenheit und Ängste der Menschen beseitigt werden können.“ (9) Vorausgesetzt ist dabei, daß man sich in der planaren Primitivwelt der Positivisten bewegt: die Entscheidungen mögen bitte unabhängig voneinander sein und freundlicherweise gerade keinen systemischen Zusammenhang bilden. Was also hilft gegen den „gescheiterten Staatssozialismus“ (10)? Die Planungsversuche im RGW erzwangen permanent informelle Vernetzung und Improvisation mit dem Ziel des despotischen planwidrigen zentralisierten Eingriffs bzw. der außerplanmäßigen Lieferung. Auf diese unvermeidlichen Maßnahmen, um überhaupt noch in der Produktion weiterzukommen, muß natürlich in einer „konsequenten Wirtschaftsdemokratie“ (88) mit „wirklich demokratischer Partizipation“ (14) verzichtet werden.

In diesem Kontext 'Wirtschaftsdemokratie' zu empfehlen, verdeckt ein unlösbares Problem. Das Mehrheitsinteresse kann nicht entscheiden, daß das Minderheitsinteresse unberechtigt ist! Demokratie kann nur dort Lösungen herbeiführen, wo Regeln für alle gelten, also tatsächlich eine allgemeine Angelegenheit vorliegt. Innerhalb der Ökonomie ist das nicht der Fall. Aus den Geistes- und Sozialwissenschaften heraus hätte der Möglichkeitsraum für Demokratie konzeptionell erst erschlossen werden müssen. Anstelle der plakativen Versicherung, Demokratie werde durch Sozialismus erfüllt oder auch umgekehrt, hätte sich dann deren Verhältnis bestimmen lassen. Da dies nicht geschehen ist, wird weiterhin die Politik von der Ökonomie gekapert und nicht umgekehrt, egal welche Zustände sich dermaleinst 'Wirtschaftsdemokratie' nennen. Sollen in betrieblichen oder überbetrieblichen Beratungen verschiedene Kenntnisse zur Optimierung der Lösung einer definierten Aufgabe eingeholt werden, so gibt es keinen Grund, diese angemessene Vorgehensweise als 'Demokratie' zu bezeichnen. Wenn in betrieblichen Abläufen workgroups mit selbständigen Befugnissen eingerichtet werden, ist dann mit soviel 'Partizipation' der Kapitalismus wieder einmal prima in den Sozialismus hinein gewachsen?

Der Blick in die Peripherie zeigt ein erschreckendes Ausmaß an Schäden und Schmerzen, die das Systems bewirkt. Der Peripheriestatus breitet sich auf die Metropolen aus und ist längst in Europa angekommen. Die aus der simultanen Erhöhung der Produktivität und dem Verschwinden von Lebensmöglichkeiten resultierenden gesellschaftlichen Spannungen werden im liberalen Modus nicht mehr bewältigt. Die liberalen Phrasen verschwinden von der politischen Bühne zusammen mit ihren Repräsentanten. Abgelöst werden diese allerdings nicht von ihrem sozialdemokratischen Geschwisterchen und dessen Vorschlägen zur Kapitalismusoptimierung, sondern eher von weitaus gewalttätigeren Etatisten mit gänzlich neuem Vokabular. Der Zweifrontenkrieg der Spezies gegen Natur und Rationalität dürfte sich verschärfen. Das Zeitfenster beginnt sich zu schließen, in dem man sich noch dahingehend täuschen konnte, hier läge ein Problem unzulänglicher Diskursethik vor.

In der Endlosschleife: Plan und Markt

Der Terminus 'Markt' ist seiner Unbestimmtheit wegen in aller Propaganda enorm beliebt. Eine Universalkategorie, von der Antike bis in die Zukunft, anwendbar in Kapitalismus und Sozialismus, weil schließlich überall Herstellung und Verwendung einer Abstimmung bedürfen. Man verlegt — der bürgerlichen Ideologie entsprechend — die unterschlagene Frage nach der Logik des Wirtschaftens in individuell entscheidende Subjekte, denen schließlich nicht vorgeschrieben ist, wie sie „mit der Sache nach Belieben verfahren“ (§903 BGB). Der methodische Individualismus suggeriert dem Subjekt Autonomie und erspart die Begriffsbildung. An den Terminus 'Planwirtschaft' richtet sich die Frage: Welche Wirtschaft wird nicht geplant? Wer Geld oder Ware auf den Markt bringt, plant seinen Geschäftserfolg. Wären alle Transaktionen konsequent durchgeplant, so bliebe jedem die Enttäuschung bei dieser Gelegenheit erspart. Die Ökonomie soll vor der Zeit bewahrt bleiben, die Statik soll das Prius vor der Dynamik innehaben. Das gleiche Motiv führte die Neoklassik zum statisch-einmaligen Tauschparadigma und von da aus in die Gleichheitszeichen-Ökonomik. Der sozialdemokratische Evolutionismus möchte Tendenzen des bürgerlichen Systems, hier sein ideologisches Selbstverständnis in den Ökonomie-Modellen, schlicht extrapolieren. Das disaggregierte Gleichgewichtsmodell soll Plan werden. Kann das Bild eines Flusses selbst ein Fluß werden? Man gelangt unverhofft in die „Erste Stellung des Gedankens zur Objektivität“ und macht die „abstrakte Identität zum Prinzip“ (Hegel 8/106). „Über das Geld werden die quantitativen Größen der verschiedenen ökonomischen Kategorien und die darauf beruhenden Zusammenhänge in Preisen ausgedrückt und dadurch vergleichbar gemacht.“ (55) Genau das war die

unzutreffende Behauptung der Neoklassik, die Ökonomie nicht mehr — wie noch in der Klassik — als Prozeß denken kann. Die Vergleichbarkeit ergibt sich erst aus formationsspezifischen Verwertungsraten, aber diese werden nicht reflektiert.

Auch hier führte die Simplifizierung auf eine binäre Entscheidungssituation — Plan oder Markt — in die Irre. Das bürgerliche System kann auf die Illusion nicht verzichten, mit dem abstrakten Reichtum sei auch schon der konkrete ausgedrückt. Wie so oft sieht der Sozialdemokrat seine Aufgabe darin, das bürgerliche System zu perfektionieren — er verwechselt die konkrete Arbeit mit der abstrakten. Was im bürgerlichen System bloß Tendenz ist, wird beim Etablierten zur platten, despotischen Identität. Wirtschaftliche Aggregate können nur Wertaggregate sein; diverse Artikel als Tonnen oder Quadratmeter zu aggregieren macht eventuell in der Statistik Sinn, nicht aber in der Planung. Die „makroökonomische Steuerung“ kommt nun aber mit sanften, demokratisch legitimierten Instrumenten daher: „gesetzliche Festlegung der Höhe der Steuern und Abgaben, die Festlegung von Spannen für Preisentwicklung, z.B. für Wohnungsmieten, Energiepreise, gesetzliche Regelung der Arbeitszeiten, Einführung von Mindestlöhnen. Diese staatliche Einflussnahme wird sich unter sozialistischen Bedingungen wesentlich verstärken. Die Entwicklung der Löhne, der Arbeitszeiten, der kulturellen und sozialen Betreuung der Beschäftigten in den Betrieben und Unternehmen in öffentlichem Eigentum werden einen beträchtlichen Einfluss auf die Privatwirtschaft ausüben“ (60f.). Alle Kategorien des bürgerlichen Systems bleiben unangetastet. Vermutlich wird als unrealistischer Anachronismus angesehen, daß Marx über die Gewerkschaften im Jahre 1865 sagte: „Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ (MEW 16/152)

Dem Autor ist bewußt, daß „es sich bei der Planung und der Marktregulierung um grundsätzlich unterschiedliche Regulierungs- und Steuerungsarten mit spezifischen, zugleich komplexen und widersprüchlichen Wirkungen handelt“, aus denen „voraussichtlich öfter Konflikte entstehen, die sich aus unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen sowie auch aus verschiedenen Sichtweisen auf die zweckmäßigsten Wege zur Problemlösung ergeben. Die Konflikte können grundsätzlich nicht durch administrative und autoritäre Entscheidungen gelöst werden, sondern erfordern die offene Erörterung der damit verbundenen Probleme, um mehrheitsfähige Entscheidungen demokratisch treffen zu können.“

(58) Die Unmöglichkeit der gleichzeitigen sich ausschließenden Regelungsmodi soll anstatt in einer paternalistischen Despotie in einer freundlichen, demokratischen Regulierung behandelt werden. Wer sich in einer Despotie nicht wohlfühlt, beschwert sich über den Despoten. In einer Demokratie hingegen sind alle selbst schuld — diese politische Entlastung hat man inzwischen vom Liberalismus gelernt.

Wie käufliche Artikel auf dem Regal sollen neben dem in der arbeitsteiligen Ökonomie unverzichtbaren quantitativen Kalkül hierarchiefrei allerlei Randbedingungen berücksichtigt werden. Daß qualitative Urteile über Produktionsprozesse und deren quantitatives Urteil verschiedenen Instanzen angehören müssen, will der Wirtschaftsdemokrat nicht wahrhaben. Daß Rechte und Regeln in anderer Weise gefunden werden müssen, als Preise und Verbrauchsmengen sieht er nicht ein. Läßt sich die Höhe des Brotpreises auch via Volksentscheid fixieren? Eine Regel konstituiert aber nicht schon das zu Regelnde — genau dies hatte die materialistische Kritik ausgesprochen. Bezüglich des Wachstums der „Arbeitsproduktivität und Effizienz“ wird Beschwerde geführt: „Sie werden völlig einseitig darauf konzentriert, erhöhte Profite für die großen Kapitaleigentümer zu erzielen. Die Möglichkeiten für die Erleichterung der Arbeit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die Entwicklung und Nutzung der kreativen Potenziale und der Qualifikation der Beschäftigten sowie für die Verkürzung der Arbeitszeit bleiben weitgehend ungenutzt.“ (12) Hier ist daran zu erinnern, daß es sich beim Profit nicht bloß um eine Distributionskategorie handelt, so daß man seine Kreativität bei dessen Umverteilung zu entfalten hätte, sondern entscheidend ist dessen Funktion für die Allokation. Das übliche Dilemma wird hier schlicht wiederholt: zu der Logik der Allokation via Profit gibt es keinen Ersatz, wenn er indes realisiert ist, möge er bitte ganz anders verwendet werden. Als „wichtigste Einnahmequelle der öffentlichen Haushalte“ werden die sozialistischen Gewinne abgeführt (66, 54), aber das Akkumulationsregime soll Effektivität bewerkstelligen (45).

Aus dieser Doppelrolle kann nur gefolgert werden: „Je günstiger sich die Rentabilitätsrate entwickelt, desto besser kann beiden Erfordernissen Rechnung getragen werden“ (66). Daß Gesellschaft nicht aus unabhängigen Modulen besteht, die man sich ad libitum aussuchen und kombinieren kann, hatte Friedrich Engels bereits Herrn Eugen Dühring vorgehalten: „Die kapitalistische Produktionsweise ist ganz gut und kann bleiben, aber die kapitalistische Verteilungsweise taugt nichts und muß abgeschafft werden.“ (MEW 20/173 + 278)

Die beiden Regulierungsweisen lassen sich wie folgt skizzieren:

Zuerst werden politisch Aggregate und deren Proportionen festgelegt (53);

zugleich sollen „Verflechtungsbilanzen“ aufgestellt werden „zur Optimierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, darunter zum sparsamsten Einsatz der verfügbaren Ressourcen“ (53), die nur bei unterster technischer Granularitätsstufe zur Optimierung taugen können und zu denen sich de facto nie vollständige und zutreffende Koeffizienten finden ließen;

schließlich wird die gleiche Aufgabenstellung zusätzlich bei „einer Regulierung auf Grundlage des Markts“ ein weiteres Mal versucht, damit „insbesondere die Steuerung der einzelwirtschaftlichen Prozesse der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, die Allokation der dazu erforderlichen Ressourcen“ erfolgt und es sollen „mithilfe des Geldes und seiner Funktionen und der finanziellen Beziehungen die Übereinstimmung zwischen Angebot an Gütern und Dienstleistungen und der Nachfrage danach erfasst und analysiert sowie bei Disproportionen entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden“ (55), was nur noch beweist, daß die Optimierung entweder nicht optimal war oder auf

betrieblicher Ebene nicht realisiert wurde.

Um die Unvereinbarkeit beider Regulierungsweisen zu entschärfen, bekommen sie separate Operationsgebiete zugewiesen: Bei „Gütern und Dienstleistungen, die nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören“ gilt „Marktvermittlung auf Grundlage dezentraler Entscheidungen der Unternehmen“, und umgekehrt gilt für die übrigen Bereiche der „öffentlichen Daseinsvorsorge, des sozial-ökologischen Umbaus sowie der Geld- und Finanzbeziehungen“ der „Primat einer gesellschaftlichen Regulierung/Planung“ (60). Dem Leser bleibt der nächste Gedankenschritt erspart: die Aufteilung des Territoriums bzw. aller sachlichen und personellen Ressourcen, damit der Zugriffskonflikt auch dort nicht ausgetragen werden muß.

Schon vor der Industrialisierung der bürgerlichen Gesellschaft kamen Zweifel auf, ob der fungierende dezentrale Modus ein brauchbares Gesamtergebnis zuwege bringt: „Aber es soll im vollkommenen Staate durchaus kein gerechter individueller Zweck stattfinden, der nicht in die Berechnung des Ganzen eingegangen, und für dessen Erreichung durch das Ganze nicht gesorgt sey.“ (Fichte 1806, 143)

Exemplarisch seien zwei Texte aus den Jahren 1937 und 1973 angeführt, die zeigen, daß die Einsichten nicht wirklich von der Stelle kommen. „However, the market and competition have a meaning only in so long as they work their pernicious effects; if their operations are controlled, they are deprived of their regulating functions and we arrive at the opposite of what we set out to attain.“ (Mattick 1937, Abschnitt VII)

Die Anwendung bzw. Ausnutzung des Wertgesetzes findet sich im Wörterbuch der Ökonomie - Sozialismus unter dem Stichwort: Wertgesetz und Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. p. 277 ff. Dazu kritisch: „Damit wird der Eindruck hervorgerufen, daß über einzelwirtschaftliche Rentabilität ein gesamtwirtschaftliches Optimum zustandekommen kann, was sich selbst dann nicht denken läßt, wenn das Streben nach einzelwirtschaftlicher Rentabilität sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens abspielt. Gerade weil man nicht im jeweiligen Fall das gesamtwirtschaftliche Optimum bestimmen kann, ist man zur Lenkung mittels indirekter Mechanismen übergegangen. Gerade weil zentral gesamtwirtschaftlich optimales Verhalten genausowenig bekannt ist wie der jeweilige gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand, stellen die angeführten Maßnahmen den Versuch dar, die Betriebe mit der Orientierung am Gewinn an einzelwirtschaftlicher Rentabilität zu orientieren.“ (Damus 1973, p. 83) Das bürgerliche System ist gekennzeichnet durch die Verschränkung von Allokations- und Distributionsregel. Es gibt keinen triftigen Grund, diesen Konstruktionsfehler, der lediglich den Produktionsmittelbesitzer erfreut, für eine „zukunftsfähige“ Produktionsweise zu perpetuieren. Habe nun auch diesen Band studiert und bin so klug als wie zuvor. Am Ende bleiben die eingesammelten Aufgabenstellungen weiterhin ungeklärt. Zukunftsfähig oder 'realistisch' kann dieser Weltverbesserungsvorschlag seiner Unreife wegen nicht sein; mehrheitsfähig wird er nicht dadurch, daß er zudem noch mit sehr vielen „Herausforderungen“ belastet wird. „Eine offene und breite Diskussion der Herausforderungen“ (87) wäre dadurch einzuleiten, daß man sich für relevante Fragestellungen qualifiziert, damit der „oft vernachlässigte Bestandteil“, nämlich „ein ökonomisches Konzept“ (l.c.) nicht mehr als Aufzählung von Symptomen und Beschwörung von Beziehung, Einheit und Vereinbarung daher kommt.

Referenzen:

Karl Ballod 1898, Der Zukunftsstaat, Stuttgart

Renate Damus 1973, Die „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ und die Planung der Preise in der DDR, ProKla Sh 5

Johann G. Fichte 1806, Die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters; Sämtliche Werke. Band VII, Berlin 1845/1846

Georg Wilhelm Friedrich Hegel 1970: Werke in 20 Bänden, Frankfurt/M Suhrkamp

Bd. 7 Grundlinien der Philosophie des Rechts

Bd. 8 Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften I

Karl Kautsky 1919, Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm, Berlin

LW Wladimir I. Lenin Werke, Berlin 1955f.

MEW Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Berlin 1956 ff

Bd. 4 Manifest der Kommunistischen Partei

Bd. 13 Zur Kritik der politischen Ökonomie

Bd. 16 Lohn, Preis, Profit

Bd. 19 Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei

Bd. 20 Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft

Bd. 21 Vorwort zu "Das Elend der Philosophie"

Bd. 42 Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie

Paul Mattick 1937, The Nonsense of Planning

Klaus Steinitz 2018, Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert, Hamburg

Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus. Berlin 1969